

UNIVERSITÄT
LUZERN



PROF. DR. BERNHARD RÜTSCHÉ
ORDINARIUS FÜR ÖFFENTLICHES RECHT
UND RECHTSPHILOSOPHIE

ZLSR WORKSHOP

**VON DER EIZELLSPENDE ZUR
DOPPELTEN KEIMZELLEN- UND
EMBRYONENSPENDE**

UNIVERSITÄT BASEL
21. FEBRUAR 2025

ÜBERSICHT

1. Konstellationen für eine Doppel-Spende
2. Gründe für eine Zulassung
3. Gründe für ein Verbot
4. Doppel-Spende und Embryonenspende
5. Totalrevision von Art. 119 BV?

KONSTELLATIONEN FÜR EINE DOPPEL-SPENDE

Indikationen für eine Kombination von Eizellen- und Samenspende

- 1. **Unfruchtbarkeit** bzw. qualitativ ungenügende Keimzellen (z.B. wegen fortgeschrittenem Alter)
- 2. **Genetische Vorbelastung:** Gefahr, dass eine schwere Krankheit auf die Nachkommen übertragen wird, und PID ist nicht gewünscht oder nicht zielführend
- 3. **Kein männlicher Partner**

	Eizellenspende	Samenspende
Verschiedengeschlechtliches Paar (Frau und Mann)	Unfruchtbarkeit oder genetische Vorbelastung der Wunschmutter	Unfruchtbarkeit oder genetische Vorbelastung des Wunschvaters
Gleichgeschlechtliches Paar (Frau und Frau)	Unfruchtbarkeit oder genetische Vorbelastung der Wunschmutter und der Partnerin der Wunschmutter	Kein männlicher Partner
Gleichgeschlechtliches Paar (Cisfrau und Transfrau)	Unfruchtbarkeit oder genetische Vorbelastung Wunschmutter	Unfruchtbarkeit oder genetische Vorbelastung der Partnerin der Wunschmutter
Alleinstehende Frau	Unfruchtbarkeit oder genetische Vorbelastung der Wunschmutter	Kein männlicher Partner

GRÜNDE FÜR EINE ZULASSUNG

1. Recht auf Zugang zur Fortpflanzungsmedizin

- Verwirklichung des Kinderwunsches als elementare Erscheinung der Persönlichkeitsentfaltung und damit **grundrechtlicher Schutzgehalt** (Art. 10 Abs. 2 BV / Art. 8 EMRK)
- Grundrechtseingriff: Verbot der Doppel-Spende kann in verschiedenen Konstellationen **Verwirklichung des Kinderwunsches vereiteln**
- **Rechtfertigungspflicht** (Art. 36 BV / Art. 8 Ziff. 2 EMRK): gesetzliche Grundlage, öffentliches Interesse, Verhältnismässigkeit

2. Diskriminierungsverbot

- Verbot der Doppel-Spende = **Diskriminierung aufgrund der Lebensform?**
- Verschieden- und gleichgeschlechtliche Paare (sowie alleinstehende Frauen) sind **in vergleichbarer Weise von einem Verbot betroffen**

GRÜNDE FÜR EIN VERBOT (I)

1. Schutz des Kindeswohls

- Gefährdung des Kindeswohls durch **doppelte Spaltung der Elternschaft?**
- **Spaltung der Mutterschaft** (Eizellenspende) und **Spaltung der Vaterschaft** (Samenspende) sind gemäss gesetzgeberischer Wertung mit Blick auf den Schutz des Kindeswohls unbedenklich
- Kindeswohl als **öffentliches Interesse**:
doppelt gespaltene Elternschaft müsste mit einem konkreten, überdurchschnittlichen Risiko für die psychische und soziale Entwicklung des Kindes verbunden sein und dadurch das öffentliche Interesse am Wohlergehen von Kindern spürbar gefährden; eine bloss abstrakte oder theoretische Gefahr negativer gesellschaftlicher Auswirkungen genügt nicht
- **Art. 7 Abs. 1 Kinderrechtskonvention** (Recht des Kindes, von seinen Eltern betreut zu werden): Gemäss Praxis des Ausschusses für Kinderrechte sind Samen- und Eizellenspende wie auch die Embryonenspende mit Art. 7 Abs. 1 KRK vereinbar, soweit der Zugang zu Informationen über die eigene (genetische) Identität gewährleistet ist

GRÜNDE FÜR EIN VERBOT (II)

2. Verbot der Embryonenspende gemäss Art. 119 Abs. 2 lit. d BV

- Doppel-Spende = **Embryonenspende**?
- **Wortlaut:** Gegenstand der Spende sind nicht bereits gezeugte Embryonen, sondern Samen- und Eizellen, die erst im Rahmen eines Fortpflanzungsverfahrens beim empfangenden Paar zu Embryonen verschmolzen werden
- **Zwecke des Verbots:**
 1. **Eindämmung der Gefahr der missbräuchlichen Herstellung und Verwendung von extrakorporalen Embryonen:**

Gefahr besteht nicht, wenn gespendete Samen- und Eizellen erst in einem Fortpflanzungsverfahren zur Herstellung eines Embryos zwecks Herbeiführung einer Schwangerschaft verwendet werden
 2. **Schutz des Kindeswohls (Verhinderung einer doppelten Spaltung der Elternschaft):**

Gefährdung des Kindeswohls durch Doppel-Spende fraglich; jedenfalls kein triftiger Grund, um vom Wortlaut abzuweichen

DOPPEL-SPENDE UND EMBRYONENSPENDE

Zwischenergebnis

Mit der Zulassung der Eizellenspende sollte der Gesetzgeber auch die **Doppel-Spende zulassen**:

- Verbot der Doppel-Spende wäre **grundrechtswidrig** (nicht durch das Kindeswohl gerechtfertigter Eingriff in das Recht auf Zugang zur Fortpflanzungsmedizin)
- Zulassung der Doppel-Spende wäre **mit dem verfassungsrechtlichen Verbot der Embryonenspende vereinbar**

Zulassung der Embryonenspende?

- **Kohärenz**: mit Blick auf Kindeswohl ist Embryonenspende mit Doppel-Spende vergleichbar
- Beschränkung der Zulassung auf die **Spende überzähliger Embryonen**
 - **Embryonenschutz (Schutz der Menschenwürde)**: entwicklungsfähige Embryonen werden ansonsten vernichtet oder zur Stammzellengewinnung verwendet
 - **Verwirklichung des Kinderwunsches** unfruchtbarer oder genetisch vorbelasteter Paare (wenn gespendete Samen- und Eizellen nicht ausreichend verfügbar)
 - **Keine Missbrauchsgefahr**, wenn Herstellung von Embryonen zwecks Spende verboten bleibt

TOTALREVISION VON ART. 119 BV?

Ausgangslage

- Entstehungsgeschichte der Verfassungsbestimmung ist geprägt von **Missbrauchsängsten**: wenig Erfahrung mit Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie, grosse Ungewissheiten bezüglich ihrer Auswirkungen auf Gesundheit der Betroffenen und die Gesellschaft insgesamt
- Seither starker **Wandel der Rechtswirklichkeit**: Entwicklung der Technologien, Erfahrungen mit deren Nutzen und Risiken, gesellschaftlicher Wertewandel (bezüglich Familienformen), gestiegener Bedarf nach Fortpflanzungsmedizin, internationale Dimension (liberale Regelungen in anderen Staaten, Fortpflanzungstourismus)
- **Scheibchenweise Anpassung** (PID, 2015) und **extensive Interpretation** der Verfassungsbestimmung (gleichgeschlechtliche Paare, 2020) unterminieren die Legitimität der Verfassung

Mögliche Eckpunkte einer Revision

- **Gleichgewicht der Rechtsgüter**: Nennung nicht nur der eingriffsbegründenden Rechtsgüter, sondern auch der Garantien, die Eingriffen Grenzen setzen (vgl. Humanforschung: Art. 118b Abs. 1 BV)
- **Gefährdungsbezogene Bundeskompetenz** (vgl. Humanforschung: Art. 118b Abs. 1 BV)
- **Entwicklungsoffene Verfassungsbestimmung**: Beschränkung der Grundsätze auf langfristig konsensfähige Gehalte, während momentane Mehrheitsmeinungen auf Gesetzesstufe gehören

TOTALREVISION VON ART. 119 BV?

Geltender Text	Revisionsvorschlag
<p>¹ Der Mensch ist vor Missbräuchen der Fortpflanzungsmedizin und der Gentechnologie geschützt.</p>	<p>¹ Der Bund erlässt Vorschriften über den Umgang mit menschlichem Keim- und Erbgut, soweit der Schutz der Menschenwürde, der Persönlichkeit und der Familie es erfordert. Er wahrt dabei insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung und das Gebot der Gleichbehandlung aller Familienformen im Bereich der medizinisch unterstützten Fortpflanzung.</p>
<p>² Der Bund erlässt Vorschriften über den Umgang mit menschlichem Keim- und Erbgut. Er sorgt dabei für den Schutz der Menschenwürde, der Persönlichkeit und der Familie und beachtet insbesondere folgende Grundsätze:</p>	<p>² Er beachtet insbesondere folgende Grundsätze:</p>

TOTALREVISION VON ART. 119 BV?

Geltender Text	Revisionsvorschlag
a. Alle Arten des Klonens und Eingriffe in das Erbgut menschlicher Keimzellen und Embryonen sind unzulässig.	a. Das Klonen zu Zwecken der Fortpflanzung ist unzulässig.
b. Nichtmenschliches Keim- und Erbgut darf nicht in menschliches Keimgut eingebracht oder mit ihm verschmolzen werden.	b. Nichtmenschliches Keim- und Erbgut darf nicht zu Zwecken der Fortpflanzung in menschliches Keimgut eingebracht oder mit ihm verschmolzen werden.

TOTALREVISION VON ART. 119 BV?

Geltender Text	Revisionsvorschlag
<p>c. Die Verfahren der medizinisch unterstützten Fortpflanzung dürfen nur angewendet werden, wenn die Unfruchtbarkeit oder die Gefahr der Übertragung einer schweren Krankheit nicht anders behoben werden kann, nicht aber um beim Kind bestimmte Eigenschaften herbeizuführen oder um Forschung zu betreiben; die Befruchtung menschlicher Eizellen ausserhalb des Körpers der Frau ist nur unter den vom Gesetz festgelegten Bedingungen erlaubt; es dürfen nur so viele menschliche Eizellen ausserhalb des Körpers der Frau zu Embryonen entwickelt werden, als für die medizinisch unterstützte Fortpflanzung notwendig sind.</p>	<p>c. Die Verfahren der medizinisch unterstützten Fortpflanzung dürfen nicht angewendet werden, um beim Kind bestimmte Eigenschaften herbeizuführen oder um Forschung zu betreiben; es dürfen nur so viele menschliche Eizellen ausserhalb des Körpers der Frau zu Embryonen entwickelt werden, als für die medizinisch unterstützte Fortpflanzung notwendig sind.</p>

TOTALREVISION VON ART. 119 BV?

Geltender Text	Revisionsvorschlag
d. Die Embryonenspende und alle Arten von Leihmutterschaft sind unzulässig.	d. Aufgehoben.
e. Mit menschlichem Keimgut und mit Erzeugnissen aus Embryonen darf kein Handel getrieben werden .	e. Aufgehoben.
f. Das Erbgut einer Person darf nur untersucht, registriert oder offenbart werden, wenn die betroffene Person zustimmt oder das Gesetz es vorschreibt.	f. Unverändert.
g. Jede Person hat Zugang zu den Daten über ihre Abstammung .	g. Unverändert.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Rückfragen an: bernhard.ruetsche@unilu.ch